



Klare Gewinner, klare Verlierer bei den Kommunalwahlen

Die Kommunalwahl erregte so großes Bevölkerungsinteresse wie selten eine Wahl zuvor. Knapp 64.000 Kandidat*innen bewarben sich um 8.146 kommunalen Mandate – so viele Bewerber*innen gab es noch nie. Nicht nur die Wahlbeteiligung stieg deutlich an, sondern auch die Zahl der Briefwähler*innen. Bis eine Woche vor der Wahl forderten 160.000 Thüringer*innen die Briefwahlunterlagen an – so viele wie seit 1994 nicht.

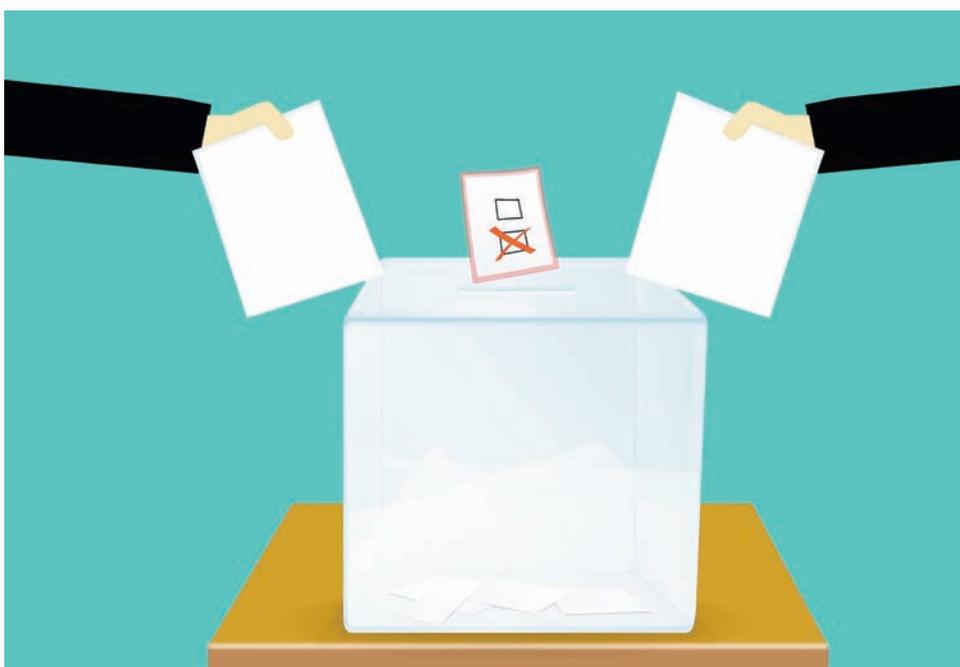
Mit entsprechend großer Spannung wurden die Ergebnisse der Wahlen erwartet. Hatte sich die Alternative für Deutschland (AfD) zur Wahl 2014 noch um keine kommunalen Mandate beworben, konnte sie bei dieser Wahl den Sprung in alle Parlamente schaffen, für die sie Kandidaten gestellt hatte. Insgesamt konnte die AfD 374 Mandate erringen und ist damit der klare Gewinner dieser Wahlen. In manchen Ortschaften war das Ergebnis für die AfD so gut, dass nicht alle errungenen Plätze besetzt werden konnten.

Auch die Grünen konnte die Anzahl ihrer Mandate deutlich erhöhen. Waren es zur Kommunalwahl 2014 noch 102 Mandate, konnten sie zu dieser Wahl 159 Plätze in den kommunalen Parlamenten gewinnen. Das zeigt deutlich, dass sich der bundesweite Aufschwung der Grünen durch das stärkere Umweltbewusstsein auch auf der kommunalen Ebene widerspiegelt.

Die klaren Verlierer dieser Wahl sind CDU, SPD und DIE LINKE. DIE LINKE verlor im Vergleich zur letzten Kommunalwahl mehr als ein Drittel der kommunalen Mandate und muss sich nun mit 500 Plätzen begnügen. Die CDU konnte 1.807 Mandate erringen, womit auch sie deutlich hinter dem Ergebnis der letzten Wahlen liegt, wo sie noch über 2.500 Mandatsträger*innen platzierte.

Auch die SPD reduzierte ihre Mandate deutlich von 750 auf 477. Die kommunalen Wählergemeinschaften in Thüringen verloren im Vergleich zu 2014 auch zehn Prozent ihrer Mandate – allerdings ist das im Vergleich nicht so deutlich wie bei den anderen drei Parteien.

Wie ist dieses Ergebnis zu deuten? Das schlechte Abschneiden von CDU



und SPD liegt an der allgemeinen Unzufriedenheit in der Bevölkerung mit der Großen Koalition auf Bundesebene. Da ein Großteil der Beschlüsse im Bundestag nur durch harte Kompromisse möglich ist, entsteht in der Bevölkerung der Anschein, dass sich nichts in diesem Land bewegt. Dieses Gefühl wird auf die kommunale Ebene übertragen.

Das Erstarken der AfD führte zu den Verlusten bei den Wählergemein-

schaften und den Linken. Die kommunalen Wählergemeinschaften sind vor allem in den kleineren Gemeinden eine starke Kraft. Trotzdem versuchen sie sich von den anderen Parteien klar abzusetzen, indem sie deutlich machen, dass sie keine Partei sind. Quasi eine Anti-Partei oder eine Alternative zu den Parteien.

Die AfD versucht genau das gleiche Bild zu vermitteln – aufgrund dieser Konkurrenzsituation verloren die

Wählergemeinschaften leicht.

Die AfD konnte nicht nur einen großen Teil der Nichtwähler mobilisieren, sondern schaffte es auch, die klassischen Protestwähler für sich zu gewinnen. Aber auch die Menschen aus den Niedriglohnbereichen wählen zunehmend die AfD.

Protestwähler und Menschen in prekärer Situation gehören sonst stärker zum Spektrum der Linken. Auch wenn die AfD für diese Gruppen keine Lösungen verspricht, erhoffen sich die Menschen, dass es ihnen ohne die Flüchtlinge besser gehen würde, was ein zentrales Thema der Partei ist.

Die Spaltung der Gesellschaft hat sich damit nun auch auf die kommunale Ebene übertragen. Für viele Parlamente ergeben sich nun ganz neue Mehrheitsverhältnisse. Das kann dazu führen, dass Mandatsträger aller Parteien aufgrund der Stärke der AfD näher zusammen rücken oder dass DIE LINKE dort an den Rand gedrängt wird. Man darf gespannt sein.

Foto: Pixabay

Spannende Themen für Seminare auf Abruf

Nach den Kommunalwahlen ist es wichtig, dass die neu Gewählten schnell das nötige Handwerkszeug für die politische Arbeit erlernen. DIE THÜRINGENGESTALTER bieten eine Vielzahl von Abruf- und Basisseminaren an, um alle Mitglieder*innen und Interessierte zu schulen.

Der Themenbereich der **Kommunalfinanzen** gehört zu den wichtigsten der kommunalen Arbeit. Egal in welchem Ressort, Ausschuss oder Arbeitskreis mitgearbeitet wird – an

der Beschäftigung mit Zahlen und Finanzen führt kein Weg vorbei. Daher ist es nicht nur für die finanzpolitischen Experten in den Kommunalparlamenten sinnvoll, sich mit den Kommunalfinanzen zu beschäftigen.

Darüber hinaus bieten wir das Seminar **Von der Idee bis zum Beschlußantrag** an.

Selbst mit den besten Ideen kann keine gute Kommunalpolitik gemacht werden, wenn die Ideen nicht in Beschlüsse umgesetzt werden. Im

Rahmen dieses Seminars werden die Grundlagen der Antragsstellung vermittelt.

Unser neuestes Seminar heißt **Arbeiten mit Geschäftsordnungen**. In den Geschäftsordnungen sind die Spielregeln jedes Parlamentes und jeder Sitzung geregelt. Sie wirken auf den ersten Blick komplex und schwer durchschaubar. Da jeder der Mandatsträger*innen wissen sollte, wie damit zu arbeiten ist, verschafft unser Referent Frank Kuschel den Durchblick.

Seite 2:

Dicke Bretter bohren
Patrick Beier aus Meiningen über seine Erfahrungen in der Kommunalpolitik

Seite 3:

Einwohner sollen besser mitreden
Frank Kuschel über ein Gesetz zur Stärkung der Gemeinde- und Kreisräte

Seite 4:

Demokratie – aber wie?
Zum Beispiel so: Bürgerentscheid stoppte Boulderhalle in Mühlhausen

In dieser Ausgabe:

Kommunalpolitik ist das Bohren dicker Bretter

In der Rubrik „Junge Kommunalpolitiker*innen vorgestellt“ stellen wir heute **Patrick Beier** vor. Er kommt aus Meiningen und ist 25 Jahre alt. Zur Kommunalwahl führte er die Partei **DIE LINKE** im Kreistagswahlkampf in Schmalkalden-Meiningen und in der Stadt Meiningen als Spitzenkandidat an. Darüber hinaus ist er Kreisvorsitzender.

Wie bist du in die Kommunalpolitik gekommen?

2013 bin ich in die Partei eingetreten, pünktlich zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2014. Damals wurde ich gefragt, ob ich auch auf „die Liste“ möchte. Das betraf damals noch den Kreistag und den Gemeinderat meines damaligen Heimatortes Untermaßfeld. Ich habe spontan „Ja“ gesagt und mich erst ab diesem Zeitpunkt wirklich damit auseinandergesetzt.

Ich habe schnell festgestellt, wie nah die Themen der Kommunalpolitik an der Lebensrealität vor allem junger Menschen sind, egal, ob mit Blick auf Freiräume für Jugendclubs, Sportplätze oder den öffentlichen Personennahverkehr. Besonders dieses Thema begleitet mich bis heute.

So habe ich mich vehement dafür eingesetzt, die Forderungen nach kostenlosem Schüler*innenverkehr und Pilotprojekten zum kostenfreien Nahverkehr in der Stadt in unser Wahlprogramm für 2019 einzuspeisen. Mobilität ist im 21. Jahrhundert hauptauschlaggebend für gesellschaftliche Teilhabe und Standortattraktivität. Wer das nicht sieht, setzt die Zukunft unserer Kommunen aufs Spiel.

Du bist mit 25 Jahren schon Kreisvorsitzender der Linken in Schmalkalden-Meiningen. Ist es schwer, von den „Älteren“ ernst genommen zu werden?

Am Anfang gab es schon einiges an Skepsis. Ich war erst ein Jahr Mitglied, studierte noch in Jena. Das Risiko war also groß, dass das Experiment scheitern würde.

Dass wir letztendlich erfolgreich damit waren, ja sogar noch Mitglieder*innen gewinnen und attraktiver für junge Menschen werden konnten, verdanke ich natürlich auch den vielen erfahrenen Genoss*innen, die mich unterstützten und mir einen großen Vertrauensvorschuss gaben.

Schwieriger war es freilich nach außen. Ich war nicht automatisch der Ansprechpartner für andere Parteien bzw. Organisationen. Die fragten lieber die „alten Hasen“. Das hat sich in den letzten drei Jahren deutlich gedreht. Harte Arbeit zahlt sich in der Kommunalpolitik aus und mittlerweile kann ich sagen, dass ich mir den Respekt der anderen politischen Mitbewerber*innen erarbeitet habe.

Was sind die politischen Themen, für die du dich einsetzen willst?

Wie schon erwähnt, ist das Thema „Öffentlicher Personennahverkehr“ auch und gerade mit Blick auf die gesamte Region Südthüringen entschei-



Patrick Beier beim Protest gegen den Südlink

Foto: Patrick Beier

dend für mich. Wir müssen endlich über die Kleinstaaterei einiger Landkreise und Städte hinwegkommen und die Region ganzheitlich entwickeln, womit wir auch das Themenfeld Kreis- bzw. Landesentwicklung betreffen – ein manchmal trockenenes, aber ohne Zweifel notwendiges Thema, wenn uns die Zukunftsfähigkeit des Südthüringer Raumes am Herzen liegt.

Auch Digitalisierung, digitale Infrastruktur und E-Government bieten große Chancen für unsere Region. Anno 2019 können wir es uns nicht leisten, in der digitalen Steinzeit zu leben.

Was ist bis jetzt dein wichtigster politischer Erfolg gewesen?

Einen ganz zentralen Erfolg stellt für mich die Neuausrichtung unseres Kreisverbandes dar.

Als Südthüringer Kreisverbände (Suhl, Hildburghausen, Sonneberg und Schmalkalden-Meiningen) haben wir einen Regionalverband gegründet, um gerade kommunalpolitische Themen regional neu zu denken. Vieles, vom Nahverkehr über Tourismus bis hin zur Umwelt, betrifft die ganze Region und nicht einzelne Kreise.

Außerdem sind wir als LINKE offener geworden. Sowohl viele junge Menschen als auch Expert*innen für unterschiedlichste Themenfelder haben unsere Partei für sich entdeckt und brachten sich auch aktiv als Kandidierende für die vergangenen Wahlen ein.

Warum gehören gerade junge Menschen in die kommunalen Parlamente?

Junge Menschen sind die Zukunft einer Gesellschaft und damit auch unserer Kommunen. Wenn wir – besonders auch hier in Meiningen – verhindern wollen, dass nach dem Abitur viele desillusioniert unserer Region den Rücken kehren, müssen wir sie aktiver einbinden.

Natürlich bedeutet Alter auch Lebenserfahrung. Wenn aber nur männliche Mittfünfziger in den Kommunalparlamenten Entscheidungen treffen, denen die Perspektive junger Menschen fehlt, führt das dazu, dass viele Problemlagen, aber auch innovative Ideen der jungen Generation unberücksichtigt bleiben. Das muss sich ändern. Deshalb bin ich stolz, dass wir in diesem Wahljahr so viele junge Genoss*innen wie noch nie auf aussichtsreichen Listenplätzen hatten.

Welchen Tipp würdest du jungen Menschen geben, die überlegen, in die Kommunalpolitik einzusteigen?

Seid offen, beharrlich und realistisch. Kommunalpolitik ist das Bohren dicker Bretter. Nicht alles ist möglich, manches auch kompliziert und einiges auch mal stressig. Aber nirgendwo sonst habt ihr die Möglichkeit so unmittelbar mitzentscheiden wie in den Kommunen. Wer am Ball bleibt, über den Tellerrand schaut und immer einmal wieder – bei aller gesunden Kritik – einen guten Ratschlag der erfahrenen Genoss*innen beherzigt, kann viel bewegen!

Interview: Steffen Thormann

Lerne, eigene Positionen zu vertreten

Von Steffen Thormann

DIE THÜRINGENGESTALTER waren am 13. April in Mühlhausen zu Gast, um dort ein Argumentations- und Medientraining für kommunalpolitisch Interessierte durchzuführen. Referent war Frank Schwarz, der schon einige Bundestagsabgeordnete fit für das Argumentieren und Artikulieren gemacht hatte.

Schwarz machte gleich zum Anfang klar, dass die klare Artikulation der eigenen Position vielen Politikern, vom Bundestag bis hin zum Kommunalparlament, schwer falle. Das sei ein großes Problem, da viele Redner in ihren Beiträgen unnötige Schleifen drehen und sich daher nicht verständlich ausdrücken. Neben einer guten Artikulation sind das sichere Auftreten und das Vermitteln von Sympathie wichtig, um den Inhalt zu transportieren. Gelingt dies nicht, wird man nicht gehört oder es bleibt nichts in den Köpfen hängen.

Als Tipp für Interviews oder den Infostand sagte Frank Schwarz: „Geh nur in eine Schlacht, in der du auch



eine Chance hast zu gewinnen!“ Im Klartext bedeutet das: Du musst nicht auf die Themen antworten, zu denen du nichts sagen kannst. Es ist besser, ehrlich zuzugeben, dass man von bestimmten Themen keine Ahnung hat, als eine falsche Antwort zu geben.

Neben den allgemeinen Tipps und der Auswertung verschiedener Reden wurden die Teilnehmenden selbst vor die Kamera gestellt. Jede Person

musste einen kurzen Redebeitrag leisten, der im Anschluss gemeinsam ausgewertet wurde. Neben den individuellen Hinweisen gab Schwarz noch allgemeine Tipps zur besseren Argumentation.

Wenn ihr auch Interesse an einem Argumentations- und Medientraining habt, dann schreibt uns eine E-Mail an: info@thueringengestalter.de

Foto: Steffen Thormann

Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalparlamente verbessern

Von Frank Kuschel

Ein Jahr lang haben die Fachpolitiker*innen der Regierungskoalition beraten, um die kommunalen Mitwirkungsmöglichkeiten zu verbessern. Der Kompromiss beinhaltet umfangreiche Regelungen. Im Kern geht es in den geplanten Änderungen um die Stärkung der Rechte der Einwohner*innen, die Stärkung der Gemeinderäte und Kreistage und die Stärkung der einzelnen Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder*innen. Um eine Einbringung eines entsprechenden Gesetzentwurfes in den Landtag auf den Weg zu bringen, bedarf es noch der abschließenden Beschlussfassung in der SPD-Fraktion.

Im Einzelnen sollen folgende Regelungen auf den Weg gebracht werden: Die Erweiterung der Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten der Einwohner soll durch die Einführung einer Einwohnerfragestunde, die grundsätzliche Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen, die Bildung eines Rechnungsprüfungsausschusses in Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern in die kommunale Praxis umgesetzt werden. Zudem sollen die erweiterte Möglichkeit zur Beiratsbildung, die Normierung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die Gewährleistung des Zugangs zum Tagungsort der öffentlichen Sitzungen des Gemeinderates und des Kreistags



sowie ihrer Ausschüsse, die öffentliche Ausschreibung bei der externen Besetzung von Stellen, die Veröffentlichung von Satzungsentwürfen, die Veröffentlichung des Beteiligungsberichts und die Veröffentlichung der Berichte der örtlichen und überörtlichen Prüfung die Gestaltungsmöglichkeiten der Einwohner*innen verbessern.

Die Stärkung der Gemeinderäte und Kreistage soll durch die Wahl des Vorsitzenden im Gemeinderat und Kreistag, die Erweiterung des Zugangs zu den Sitzungsniederschriften, die Präzisierung der Voraussetzungen für Eilentscheidungen des Bürgermeisters und Landrats, die Klarstellung der Zu-

ständigkeit des Gemeinderats für Entscheidungen in den Unternehmen der Gemeinde und die Präzisierung des Beanstandungsverfahrens erfolgen.

Um eine Stärkung der kommunalen Fraktionen umzusetzen, soll das Akteneinsichtsrecht für Fraktionen und eine Regelung der finanziellen Ausstattung der Fraktionen erfolgen. Zudem wird die Möglichkeit zur Einberufung des Gemeinderats und das Recht auf die Hinzuziehung von Sachverständigen eingeräumt.

Die Stärkung der Gemeinderats- und Kreistagsmitglieder erfolgt durch das Auskunftsrecht jedes einzelnen Gemeinderatsmitglieds gegenüber dem Bürgermeister in allen Angele-

genheiten, die den Vollzug der Beschlüsse des Gemeinderats betreffen und die Berichtspflicht des Bürgermeisters gegenüber dem Gemeinderat und des Landrats gegenüber dem Kreistag in den Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises. Außerdem wird die Gestaltung des Anspruchs auf Entschädigung geregelt.

In das Thüringer Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit (ThürKGG) werden Regelungen zur Stärkung der Verbandsmitglieder und Verbraucherbeiräte aufgenommen. Diese beinhalten unter anderem die Erweiterung der pflichtigen Bestandteile der Verbandssatzung um die Bestimmungen für die Arbeit der Verbraucherbeiräte sowie die Informations- und Akteneinsichtsrechte der Verbandsmitglieder. Geregelt wird auch ein umfassendes Informations- und Akteneinsichtsrecht der Beschlussorgane der Verbandsmitglieder. Zudem soll klargestellt werden, dass die Verbandsräte künftig an die Weisungen ihrer Gemeinderäte gebunden sind. Bisher war dies nicht der Fall.

Mit dieser Reform des Kommunalrechts würde Thüringen eine sehr moderne Kommunalverfassung erhalten, die die Grundsätze der Transparenz, der demokratischen Kontrolle und Steuerung und der Stärkung der Gemeinderäte und Kreistage weitgehend umsetzt. *Foto: Annette Rudolph*

Das neue Schulgesetz macht Schule und Lehrerberuf attraktiver

Von Steffen Thormann

In den letzten Monaten organisierten wir eine Vielzahl an Veranstaltungen rund um das neue Schulgesetz. Eingeladen war auch Bildungsminister Helmut Holter, der immer wieder deutlich machte, wie wichtig die Veränderungen in diesem Bereich sind. Ein wichtiger Baustein ist es, die Schulen und den Lehrerberuf attraktiver zu gestalten

Die Thüringer Schulen sind zum Teil in einem katastrophalen Zustand. Holter schätzt den Sanierungsbedarf auf bis zu einer Milliarde Euro ein. Daher investierte die rot-rot-grüne Landesregierung in den letzten Jahren deutlich mehr Geld in den Schulbau und die Sanierung der Schulen. Hatte die Vorgängerregierung 2013 und 2014 dafür pro Jahr 17 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, investierte die rot-rot-grüne Regierung zwischen 2015 und 2019 323 Millionen Euro, also knapp 83 Millionen Euro pro Jahr. Mit den hinzukommenden Bundesmitteln sollen die Schulen auf einen modernen Stand gebracht werden. Trotzdem wird deutlich, dass noch viel zu tun ist.

Durch das neue Schulgesetz wird der Lehrerberuf weiter gestärkt. In Thüringen wird nun die Verbeamtung der Lehrkräfte möglich, was den vor-



herigen Standortnachteil des Bundeslandes ausgleicht. Die Stellen für Referendare, also angehende Lehrer, die das Studium abgeschlossen haben und sich dann in der Praxiszeit vor ihrem endgültigen Abschluss befinden, wurden deutlich erhöht. Die Unterschiede in der Bezahlung zwischen Regelschul- und Gymnasiallehrer werden durch das neue Gesetz ab 1. Januar 2020 aufgehoben. Beide sollen für die gleiche Arbeit auch den gleichen Lohn bekommen. Ähnliche Überlegungen gibt es für die Grundschullehrer, was aber dann eine Entscheidung für die

nächste Koalition werden wird – andere Bundesländer haben diesen Schritt schon vollzogen. Durch diese Maßnahme soll die Attraktivität des Berufes weiter gesteigert werden. Die Immatrikulationszahlen an den Universitäten machen deutlich, dass sich schon jetzt die Studierenden deutlich seltener für ein Studium für den Regelschulbereich entscheiden als für das Gymnasium.

Holter machte deutlich, dass das Problem des Lehrermangels ein deutschlandweites ist. Im ganzen Land besteht ein Bedarf von mehr als

32.000 neuen Lehrern im Jahr. In Thüringen betrug der Unterrichtsausfall im November 2018 2,3 Prozent. Gerade in Thüringen geht in den nächsten Jahren ein großer Teil der Lehrer in den Ruhestand. Allein in diesem Jahr sind es 900 Lehrer*innen, was den hohen Altersschnitt deutlich werden lässt. Zwei Drittel der Lehrer*innen in unserem Bundesland sind älter als 55 Jahre. Die Herausforderung ist, dass Thüringen genau diese zwei Drittel in den nächsten zehn bis 15 Jahren verlieren wird und daher deutlich mehr Lehrer eingestellt werden müssen. Allein für das Jahr 2019 sollen mehr als 1.200 neue Lehrer eingestellt werden.

Ein weiterer Baustein gegen den Unterrichtsausfall ist das Quereinsteigerprogramm. Quereinsteiger sind keine ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrer, sondern Chemiker, Mathematiker oder Sportler, die die entsprechenden Voraussetzungen mitbringen. Diese Menschen werden dann qualifiziert und für den Unterrichtsalltag fit gemacht. Zwischen Januar und Februar wurden mehr als 100 Menschen in dieses Qualifizierungsprogramm gebracht. Wichtig sei trotzdem, so Holter, dass diese Möglichkeit, die Zahl der Lehrer zu erhöhen, möglichst niedrig gehalten wird. *Foto: pixabay*

Direkte Demokratie: Bürger stoppen Boulderhalle

„Mehr Demokratie Thüringen e.V.“ und DIE THÜRINGENGESTALTER luden am 6. Mai zur Veranstaltung „Mitgestalten, aber wie? – Möglichkeiten der Bürger*innenbeteiligung“ nach Mühlhausen ein.

Referent Philipp Gliesing machte dabei deutlich, dass die direkte Demokratie eine der wichtigsten Säulen unseres politischen Systems sei. Neben der Repräsentation und dem Dialog mache die direkte Demokratie „das Gewölbe der vielfältigen Demokratie erst so richtig fest“, so Gliesing. Trotzdem fehlt es in den meisten Kommunen schon am Dialog. Obwohl jeder Ort per Gesetz zu einer jährlichen Bürger*innen- bzw. Einwohner*innenversammlung verpflichtet ist, finden diese gerade in den größeren Städten nur selten statt.

Der Bürger sollte nicht nur als Berater, sondern auch direkt als Entscheider in unserer Gesellschaft auftreten, forderte Gliesing. In Bezug auf die direkte Demokratie in der kommunalen Ebene habe Thüringen das fortschrittlichste Gesetz: So haben im Gegensatz zu anderen Bundesländern die von der Initiative gewählten Vertrauenspersonen Anwesenheits- und Rederecht im Gemeinderat. Die Bürgerentscheide dürfen einen Alternativvorschlag einbringen, der zur Entscheidung gestellt werden kann. Weiterhin kann der Gemeinderat ein Ratsreferendum ansetzen, was bedeutet, dass er selbst einen Bürgerentscheid ansetzen kann. Die Bürgerentscheide können an Wahlen gekoppelt werden, um die Wahlbeteiligung zu erhöhen, was vorher nicht möglich gewesen ist.

Durch die Veränderungen in den letzten Jahren nahmen die Bürgerbegehren und Bürgerentscheide seit 2009 deutlich zu und wurden zunehmend erfolgreicher. Trotz eines deut-



Referent Philipp Gliesing

Foto: Steffen Thormann

lichen Anstieges der jährlichen Bürgerbegehren (von sechs bis 2009 auf zwölf bis 15 ab 2009) wurden sie seltener für unzulässig erklärt. Ein solches Bürgerbegehren fand im letzten Jahr in Mühlhausen statt. Der Saal des

Geschwister-Scholl-Hauses, genau der Raum in dem diese Veranstaltung stattfand, sollte zu einer Boulderhalle umgenutzt werden. Ein privater Investor hatte einen solchen Plan und der Stadtrat fasste den Grundsatzbe-

schluss, diesen Plan zu unterstützen. Der Oberbürgermeister sollte sich der Verhandlungen mit dem Investor annehmen. Die in dem Haus ansässigen Vereine erfuhren von diesem Plan erst aus der Zeitung und beschlossen daher, mit der Unterstützung der Linksfraktion im Mühlhäuser Stadtrat, ein Bürgerbegehren auf die Beine zu stellen. Daraufhin gründete sich eine Initiativegruppe und begann die nötigen Unterschriften für das Bürgerbegehren zu sammeln. Innerhalb kürzester Zeit waren die erforderlichen knapp 2.000 Unterschriften gesammelt. Deutlich vor der Frist wurden sie der Stadtverwaltung übergeben.

Dieses direktdemokratische Element, was im Eigentlichen zur Befriedung gedacht ist, bewirkte in Mühlhausen das Gegenteil. Das Begehren polarisierte so sehr, dass die Einwohner das Gefühl hatten, dass ein regelrechter Riss durch die Stadt ging. Das demokratische Element des Bürgerbegehrens wurde von der CDU und SPD als undemokratisch diffamiert. Die Stadt gab dazu noch falsche Nutzungszahlen des Saales an die Öffentlichkeit. In seiner Rede machte Gliesing deutlich, dass eine solche Polarisierung in Gemeinderat und Presse nicht untöblich sei.

Der Investor, der sich vorher noch über das Begehren als Werbung für seine Halle gefreut hatte, musste am Ende von seinen Plänen zurücktreten, da ihm die Bank keinen Kredit gewährte. Sie fürchtete anscheinend, dass die Boulderhalle durch die Polarisierung nicht genutzt würde.

Philipp Gliesing brachte zum Ausdruck, dass das Mühlhäuser Bürgerbegehren ein Paradebeispiel für Begehren im Thüringer Raum sei.

Text: Steffen Thormann

Termine:

Workshop Pressemitteilung

22. Juni, 10.00 bis 14.30 Uhr,
Ort: Weimar

Zu guter Kommunalpolitik gehört es, die Informationen über die eigenen

Standpunkte, Meinungen, Ideen und natürlich auch Erfolge im Kommunalparlament in die Bevölkerung zu bringen. Dies kann durch den direkten Kontakt zur Presse, vor allem aber durch eigene Pressemitteilungen erreicht werden.

In diesem Seminar werden die Grundlagen der Pressearbeit vermittelt und die Teilnehmer*innen lernen,

welchen formalen und inhaltlichen Kriterien eine Pressemitteilung entsprechen sollte, um möglichst viel Aufmerksamkeit zu erzielen. Weiterhin werden die Fähigkeiten rund um das Schreiben und Formulieren verbessert.

Willkommen in der Kommunalpolitik

26. Juni, 18 bis 20 Uhr
Ort: Jugendgäste- und Bildungshaus

Rotleimmühle, Parkallee 2,
99734 Nordhausen

Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen sich die neu gewählten und die etablierten Mandatsträger*innen aus dem Raum Nordwestthüringen gegenseitig kennenlernen. Wir stellen uns als kommunaler Bildungsträger vor und bieten an, als Bindeglied zwischen den verschiedenen Landkreisen zu wirken.

Wir wollen mit euch darüber reden, welche Veranstaltungen wir gemeinsam organisieren können.

Neben der Frage der Vernetzung

wird der Landtagsabgeordnete Frank Kuschel zu den aktuellen Themen „Straßenausbaubeiträge“ und „Änderungen der Thüringer Kommunalordnung“ sprechen. Foto: pixabay

Sie interessieren sich für die Vereinsaktivitäten oder wollen Mitglied werden?

Kontakt:

DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum
Thüringen e. V.
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt

Telefon: 0361/54 12 83 89
Fax: 0361/54 15 11 42
Mail: info@thueringengestalter.de
www.thueringengestalter.de

Die Thüringengestalter erhalten als Bildungsverein, der der Partei DIE LINKE nahesteht, Zuwendungen des Freistaates Thüringen (Innenministerium).

